

Tansania: Bischof stellt Homophobie über Entwicklungshilfe

Der Erzbischof von Daressalam wandte sich gegen Entwicklungshilfe, die an Bedingungen zum Umgang mit Homosexuellen geknüpft sei.

Kardinal Polycarp Pengo hat mehreren internationalen Medienberichten zufolge die Regierung Tansanias aufgefordert, keine Entwicklungshilfe anzunehmen, die mit Bedingungen zum Umgang mit Homosexualität verknüpft seien. Die aktuell unter anderem vom Portal der Deutschen Bischofskonferenz verbreiteten Worte fielen offenbar bereits vor wenigen Wochen – ausgerechnet bei einer Messe zum Erntedankfest.



Der Erzbischof von Daressalam berichtete demnach von mehreren Bedrohungen gegenüber Entwicklungsländern. So würde das Ausland die Unterstützung einstellen, "wenn wir gegen Homosexualität sind". Es sei aber "besser, an Hunger zu sterben, als Hilfe zu erhalten und verpflichtet zu sein zu Dingen, die entgegen den Wünschen Gottes stehen".

Die "Sünde der Homosexualität" sei der Grund der Zerstörung von Sodom und Gomorrha gewesen, so der Bischof weiter. "Diese Dinge stehen dem Plan Gottes zur Schöpfung entgegen und können in keinsten Weise akzeptiert werden." Das Mitglied der Glaubenskongregation, der Kongregation für die Evangelisierung der Völker und des Päpstlichen Rates für die Familie meinte: "Und wenn wir verhungern, weil wir abgelehnt haben, uns an solchen Akten zu beteiligen, dann sterben wir lieber mit unserem Gott. Homosexualität zu akzeptieren, ist Gott abzulehnen."

Dänemark liess Entwicklungshilfe kürzen

Kardinal Pengo bedankte sich den Medienberichten zufolge bei der Regierung Tansanias für ihre Haltung in der Frage. Die Äusserungen des Erzbischofs fallen in eine Zeit, in der der Gouverneur seiner Stadt angekündigt hatte, anhand einer Namensliste gegen Homosexuelle vorgehen zu wollen.

Die dänische Regierung hatte daraufhin Mitte November angekündigt, Entwicklungshilfe zu kürzen, auch weitere Staaten hatten sich in die Debatte eingeschaltet und Sanktionen angedroht. In dem multireligiösen Land war es zuletzt häufiger zu Razzien und Festnahmen von LGBTI gekommen, wobei auch Analuntersuchungen eingesetzt wurden. Grundlage ist ein Gesetz aus deutscher Kolonialzeit, wonach Sex unter Männern mit bis zu 30 Jahren Haft geahndet werden kann. In Sansibar droht auch lesbischen Frauen Haft.

Äusserungen wie die des Kardinals hört man von afrikanischen Geistlichen und Politikern nicht selten. Papst Franziskus hatte 2015 bei einem UN-Gipfel zu "Nachhaltigen Entwicklungszielen" davor gewarnt, "eine ideologische Kolonialisierung zu fördern, indem man abnorme Lebensmodelle und -stile durchsetzt, die der Identität der Völker fremd und letztlich unverantwortlich sind".